

Pressemitteilung

FIDAR: „1,5 PROZENTPUNKTE MEHR FRAUEN IN AUFSICHTSRÄTEN UND VORSTÄNDEN SIND ZU WENIG / GESETZGEBER SPIELT AUF ZEIT

Berlin, 07.03.2012: Die Präsidentin der Initiative FidAR - Frauen in die Aufsichtsräte, Monika Schulz-Strelow, fordert die Bundesregierung und die Europäische Kommission dazu auf, den Druck auf die Unternehmen weiter aufrecht zu halten, mehr Frauen in Führungspositionen zu berufen. Ohne die breite Diskussion in der Öffentlichkeit, die Forderung des Deutschen Corporate Governance Kodex nach mehr Vielfalt und die klare Ansage des Gesetzgebers, mangelndem Fortschritt mit gesetzlichen Maßnahmen zu begegnen, hätte sich bis jetzt kaum etwas bewegt, erklärte Schulz-Strelow in Berlin. Angesichts des minimalen Zuwachses im vergangenen Jahr sei es unverständlich, dass selbst das Flexiquotengesetz des Bundesfamilienministeriums zu stocken scheint.

„Die deutsche Wirtschaft hat nach wie vor gewaltigen Aufholbedarf bei der Chancengleichheit in den Führungsetagen. Ein Blick über die Grenzen macht dies sofort deutlich. Teile der Bundesregierung verkennen die Realität, wenn sie jegliche Form einer gesetzlichen Regelung ablehnen“, betont Schulz-Strelow. „1,5 Prozentpunkte Fortschritt mag aus der Sicht der FDP viel sein. Die engagierten und hoch qualifizierten Frauen können besser rechnen und zählen anders. Der Women-on-Board-Index macht gerade transparent, dass ohne gesetzlichen Druck viel zu wenig passiert.“ Nach dem WoB-Index ist der Frauenanteil an der Führungsspitze börsennotierter Unternehmen in Deutschland im letzten Jahr nur um 1,5 Prozentpunkte gestiegen. In den Aufsichtsräten und Vorständen der 160 DAX, MDAX, SDAX und TecDAX-Unternehmen sind mit Stand 14.01.2012 insgesamt lediglich 8 Prozent Frauen vertreten (Vorjahr 6,5), davon 12,8 Prozent in den Aufsichtsräten (Vorjahr 10) und 3,4 Prozent in den Vorständen (Vorjahr 3).

Schulz-Strelow fordert daher Familienministerin Kristina Schröder auf, sich von der FDP nicht entmutigen zu lassen. „Der Konsens ist da, dass wir ein Gesetz brauchen. Die Bundesregierung sollte sich auch nicht von Brüssel erklären lassen müssen, wie Chancengleichheit durchgesetzt werden kann. Wir brauchen eine gesetzliche Regelung noch in diesem Jahr. Sonst passiert in dieser Legislaturperiode nichts mehr.“

„Die Bundesregierung muss auf die Frage antworten, ob sie in dieser Legislaturperiode noch konkret messbare Fortschritte für die Frauen durchsetzen will, die in den Unternehmen an die gläserne Decke stoßen. Der parteiübergreifende Konsens der Berliner Erklärung macht deutlich, dass nur eine gesetzliche Regelung echte Veränderungen herbeiführen kann“, so Schulz-Strelow.

Schulz-Strelow zeigte sich aber auch wenig begeistert darüber, dass EU-Kommissarin Viviane Reding erst eine Konsultation durchführt und damit den Unternehmen nochmals bis zum Sommer Zeit lässt, bevor eine Entscheidung über Schritte für mehr Chancengleichheit auf EU-Ebene getroffen wird. „Es ist wichtig, dass die Europäische Kommission jetzt konkrete Vorschläge für eine europaweite Mindestquote für Frauen in Aufsichtsräten vorlegt. Das ist die unvermeidliche Konsequenz der geringen Fortschritte in den vergangenen Jahren. Ein weiterer Aufschub ist das falsche Zeichen an die Wirtschaft. Wenn die Kommission es ernst meint, dann sollte sie jetzt handeln. Bei anderen Themen ist Brüssel auch entscheidungsfreudiger.“

Women-on-Board-Index

Der Women-on-Board-Index kann im Internet unter www.fidar.de/wob-index eingesehen werden. Diagramme sowie die ausführlichen Studienergebnisse sind in der Pressestelle erhältlich. Der WoB-Index wird vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend gefördert und vom manager magazin als Medienpartner begleitet.

Ihre Ansprechpartnerin

Monika Schulz-Strelow, Präsidentin FidAR – Frauen in die Aufsichtsräte e. V.
Tel.: +49 (30) 887 14 47 13, E-Mail: monika.schulz-strelow@fidar.de

Fotos der Ansprechpartnerinnen erhalten Sie in der Pressestelle.

Pressekontakt:

Matthias Struwe | Eye Communications | Agentur für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: +49 (7 61) 137 62-21, E-Mail: m.struwe@eyecommunications.de

Über FidAR:

FidAR – Frauen in die Aufsichtsräte e.V. ist eine überparteiliche und überregionale Initiative, die im Herbst 2005 von Frauen in Führungsposition in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ins Leben gerufen wurde. FidAR strebt eine nachhaltige Erhöhung des Frauenanteils in den Aufsichtsräten deutscher Unternehmen und die Verbesserung der Unternehmenskontrolle an. Ziel der Initiative ist die paritätische Besetzung aller Führungspositionen in der deutschen Wirtschaft. FidAR verfolgt diese Ziele im engen Austausch mit Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und in Kooperation mit den relevanten Wirtschafts- und Frauenverbänden. Mehr Informationen zu FidAR im Internet unter www.fidar.de.